Antrag zum stärkeren Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

Es möge der Landesparteitag der SPD Niedersachsen folgenden Beschluss fassen und diesen an den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den Bundesparteitag und den Landesvorstand der SPD weiterleiten:

Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundesratsinitiative aufgefordert, zivilrechtlich die Voraussetzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum deutlich anzuheben

und

einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu entwickeln, der das missbräuchliche Vortäuschen der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbedarfskündigung unter Strafe stellt.

Begründung:

Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum werden immer öfter von Vermieterseite ausgesprochen, um bei der Neuvermietung deutlich höhere Mieten zu vereinbaren, ohne dass tatsächlich eine Eigenbedarfssituation gegeben ist.

Eine weitere beliebte Methode ist die Benutzung einer tatsächlich gegebenen Eigenbedarfssituation, um gleich eine Mehrzahl an Eigenbedarfskündigungen auszusprechen.

Zur Vermeidung solcher für die Mieterseite häufig existenzgefährdenden Situationen sollte ein stärkerer gesetzgeberischer Mieterschutz den sozialen Frieden sichern.